

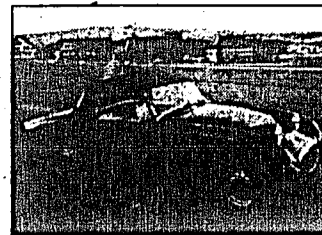


Volkssblatt

Amliches Publikationsorgan ■ 120. Jahrgang, Nr. 78

VERBUND/SÜDBOGEN

Redaktion und Verlag: Feldkircher Str. 5, 9494 Schaan, Telefon (075) 237 51 51 · Fax Redaktion/Verlag (075) 237 51 55 · Fax Inserate (075) 237 51 66
Telefon Sportredaktion (075) 237 51 71 E-Mail-Adresse / flvobla@flvobla.LOL.li · Internet-Adresse: http://www.lol.li/Volkssblatt



MOBIL-EXTRA

Oldtimer zur Versteigerung

Ende April werden in der Oldtimer-Galerie Toffen bei Bern über 150 Liebhaberfahrzeuge versteigert. Seite 9



RELIGION

Gott und das Leid

Warum lässt Gott Unglücke und Leid zu? Aber ist für Unglücke wirklich Gott der Verantwortliche? Seite 10

TAGESSCHAU

Change Management – Nachdiplomstudium

Die Fachhochschule Liechtenstein bietet ein neues Nachdiplomstudium an zum Thema «Change Management – Veränderungsprozesse in Gemeinwesen zukunftsfähig gestalten». Das Nachdiplomstudium richtet sich an Menschen, die Konzepte für Gemeinwesen planen und umsetzen und dabei in ihrem Arbeitsfeld Anforderungen von Gemeinwesen berücksichtigen müssen. Absolventen des Nachdiplomstudiums verfügen als «Change Agents» über Schlüsselqualifikationen und können in gemeinwesenorientierten Zusammenhängen planen und handeln. Dieses Nachdiplomstudium wurde in Zusammenarbeit mit der Firma Synergo entwickelt und durch die Stiftung zur Förderung der Innovation der LGT massgeblich unterstützt. Seite 2

Alteingesessene am Arbeitsplatz

Sie kennt unser Land buchstäblich bis in den Hinter- und Grund: Als Historikerin weiss sie über unsere Geschichte Bescheid, als Archäologin hat sie «in jeder Gemeinde schon gegraben». Eva Pepic-Helferich wurde vor 41 Jahren in Liechtenstein geboren und ist hier aufgewachsen, als Deutsche. Seite 4

Eigenartiges Vorgehen der Regierung kritisiert

Schwer unter Beschuss stand die Regierung im letzten Landtag im Zusammenhang mit der Reorganisation bei der Landespolizei und den Entlassungen der Abteilungsleiter. Eine Rückschau auf die Debatte zeigt das konzeptlose Vorgehen der Regierung auf, das die menschliche Komponente völlig aus dem Spiel lässt. Eine Zusammenfassung von Stellungnahmen lesen Sie auf Seite 7

Promotionsfeier der Universität St. Gallen

ST. GALLEN: Die Universität St. Gallen (HSG) habe nicht den Anspruch, eine «Elite-Hochschule» im Sinn einer «elitären Universität» zu sein. Durch Auswahl nach schulischen Selektionen seien die Abgänger im reinen Wortsinne trotzdem eine Elite, sagte Rektor Georges Fischer an der Promotionsfeier am Montag. An die Universität und ihre Absolventinnen und Absolventen würden besondere Erwartungen und Ansprüche gestellt, hielt Fischer fest. Diese gingen manchmal weit über die Vermittlung und Generierung von Wissen und damit über die Aufgaben einer Universität hinaus. Über die Vordiplom- und Diplomprüfungen werde an der HSG eine Auswahl getroffen, sagte Fischer. Ihr Zweck sei nicht ein zahlenmässiger sondern ein qualitativer. Jene Studentinnen und Studenten, die am Ende ein Diplom erhielten, sollten gut vorbereitet und gerüstet auf eine anspruchsvolle Praxis in Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung sein. An der wegen der grossen Zahl von Abschlüssen zweigeteilten Promotionsfeier wurden sieben Lizentiatinnen und 38 Lizentiaten zu Doktorinnen und Doktoren ernannt – 39 im Bereich Wirtschaftswissenschaften, fünf in der Rechtswissenschaft und eine in den Staatswissenschaften.

Problem schubladisiert

Neuregelung der Kompetenzverteilung bei Baubewilligungen auf Eis gelegt

Aus der durchaus erwünschten Kompetenzverlagerung im Baubewilligungsverfahren an die Gemeinden wird vorderhand nichts. Die Regierung zeigt sich diesbezüglich ziemlich lustlos und hat entsprechende Pläne inzwischen wieder auf Eis gelegt. Von einer Stärkung der Gemeindeautonomie in Bausachen kann vorläufig noch keine Rede sein.

Bestrebungen, die Bewilligungskompetenz in Bauangelegenheiten an die Gemeinden zu delegieren, sind seit längerer Zeit im Gange. Die vorhandene «Doppelkompetenz» von Gemeinden und Hochbauamt führte zu einer Kumulation von Konflikten und zu einer Rechtsunsicherheit, weshalb sich eine

völlige Neuregelung der Kompetenzverteilung im Baubewilligungsverfahren geradezu aufdrängte.

Bedingung der Gemeinden

Als wirkungsvollstes Instrument hierfür kristallisierte sich das sogenannte «Konzept E» heraus, das von einem Projektteam der Regierung erarbeitet und empfohlen worden war. Die meisten Gemeinden äussernten sich denn auch grundsätzlich positiv zu diesem Konzept, weil sie darin eine gute Gelegenheit erkannten, ihre Autonomie zu stärken und auszubauen.

Eine Neuregelung des Baubewilligungsverfahrens gemäss «Konzept E» befürworteten die meisten Gemeinden allerdings nur unter der Voraussetzung, dass ihnen auch die Entscheidungskompetenz über die Überbauungs-, Zonen- und Richt-

pläne übertragen wird und parallel dazu ausserdem das bestehende Baugesetz einer umfassenden Revision unterzogen werden sollte. Ansonsten komme – so eine Gemeinde in der Vernehmlassung – die ganze Übung nur noch einer zielgerichteten und willkommenen Reorganisation des Hochbauamtes gleich: von einer Stärkung der Gemeindeautonomie könne ohne diese Auflage jedenfalls nicht gesprochen werden. Den Gemeinden verbliebe lediglich der «Kleinkram» des Baubewilligungsverfahrens.

Regierung bremst

Die Regierung will sich aber offensichtlich auf diese klare Forderung vorerst nicht näher einlassen. Regierungschef und Bauminister Mario Frick liess die Gemeinden und die Öffentlichkeit unlängst wis-

sen, dass die Neuregelung des Bewilligungsverfahrens nun erst zu einem späteren Zeitpunkt und allenfalls unter Einschluss einer umfassenden Revision des Baugesetzes wieder aufgenommen werde. Gleichzeitig mit den Verfahrensbestimmungen sollen dann die materiellen Bestimmungen des Baugesetzes überarbeitet werden.

Diese Formulierung erweckt zumindest den Eindruck, dass hier ein durchaus drängendes Problem wieder auf die lange Bank geschoben wird. Ausserdem hätte man die Revision des problembehafteten Baugesetzes schon früher konkret in Angriff nehmen können, so dass sich bereits für 1998 eine klare Regelung der Kompetenzfragen abgezeichnet hätte. Doch offenbar ist der Wille der Regierung hierfür nicht allzu gross. Manfred Öhri



VERSICHERUNGEN

Seminar-Angebot

Liechtenstein soll zum Standort für internationale Versicherungen werden. Die Regierung hat, um das Fachdefizit zu beheben, in Zusammenarbeit mit dem Institut für Versicherungswirtschaft an der Universität St. Gallen einen Lehrgang entwickelt, der im Herbst beginnen soll. Der «Versicherungsplatz Liechtenstein» beginnt zu wachsen. Seit Einführung des entsprechenden Versicherungsgesetzes haben sich 9 internationale Versicherungen niedergelassen. Die erste Versicherung, die von den neuen Möglichkeiten aufgrund des EWR-Beitritts Liechtensteins Gebrauch machte, war die Nordstern AG, deren Schwerpunkt bei der Versicherung von Kunstwerken liegt, wie unser Bild eindrücklich zeigt. Daneben gibt es Lebensversicherungen, Schadensversicherungen sowie eine Captive, eine Rückversicherung. (Bild: vito)

Europa als Ziel

CVP fordert rasches Handeln in Sachen EU

BERN: Nach der FDP und der SPS will auch die CVP nach Europa. Unklar ist, wieviel Zeit den bilateralen Verhandlungen noch zugestanden werden soll. Die Freisinnigen und die Sozialdemokraten wollen die deutschen Wahlen abwarten. Dazu fehlt der CVP die Geduld.

«Nachdem der Bundesrat von drei Parteien unterstützt wird, wäre er gut beraten, die Vorbereitungen in die Hand zu nehmen», sagte CVP-Generalsekretär Hilmar Gernet. Endlich müssten die wichtigen Fragen offen auf den Tisch kommen. «Was kostet ein EU-Beitritt und was sind die Folgen für die direkte Demokratie? Diese Abklärungen müssen in Angriff genommen werden». Hier habe die Regierung in letzter Zeit zu wenig unternommen. Bei den bilateralen Verhandlungen müsse parallel bis spätestens zum Herbst ein Ergebnis zustandekom-

men. «Aber möglicherweise erledigen sich die bilateralen Verhandlungen im negativen Sinn von selbst», sagte Gernet. Es seien zu viel brisante Fragen noch offen. «Was sich die CVP auf die Fahne schreibt, hat unsere Partei schon 1995 beschlossen und es steht auch im aussenpolitischen Programm des Bundesrates», sagte FDP-Generalsekretär Johannes Matyassy gegenüber der Nachrichtenagentur SDA. Doch eine EU-Beitrittsdiskussion zum jetzigen Zeitpunkt würde die Position bei den bilateralen Verhandlungen schwächen. Die FDP will sich darum auf die bilateralen Verhandlungen konzentrieren. Zuerst brauche es da Klarheit. «Das ist zwar nicht sehr mutig, aber sehr pragmatisch», sagte Matyassy weiter. Zudem gelte es bei beiden Verhandlungen die gleichen Problemfelder zu überwinden, namentlich das Verkehrsdossier.

Alles Spekulationen

Anzahl der Raubbilder vorerst nicht bekannt

BERN: Das Bundesamt für Kultur hat am Montag Spekulationen der Medien über Raubkunst aus der Nazizeit zurückgewiesen. Eine diesbezügliche Studie sei noch nicht abgeschlossen. Laut Bundesamt liegen noch keine Daten über die Anzahl allfälliger Raubbilder in der Schweiz vor. Die Studie soll im Herbst veröffentlicht werden.

Aufgrund der heute vorliegenden Fakten seien keine quantitativen Angaben über mutmassliche Raubkunst in der Schweiz möglich, hiess es in der Mitteilung des Bundesamtes für Kultur (BAK) weiter. Ausser den vom Bundesgericht 1948 in Sachen Raubgut erledigten 77 Fällen gebe keine rechtskräftigen Urteile zu vermutlich geraubten und in die Schweiz gebrachten Kulturgüter. Damit reagierte das BAK auf Medienberichte, die sich auf die noch unveröffentlichte Studie stütz-

ten. Demnach sollen sich rund 700 Raubbilder aus der Nazizeit in Museen, in Banksafes oder bei Privaten in der Schweiz befinden.

Die Rolle der Schweiz

Die Studie wurde 1997 als historische Forschungsarbeit von der Nationalen Informationsstelle für Kulturgütererhaltung in Auftrag gegeben. Das BAK finanziert und begleitet das Projekt. Die Studie soll im Sommer abgeschlossen und im Herbst in Buchform publiziert werden. Ziel der Arbeit ist die Beantwortung der Frage, wie sich der Kunstmarkt in der Zeit zwischen 1930 und 1955 entwickelte und welche Rolle der Handelsplatz Schweiz dabei spielte. Beauftragt mit diesem Projekt wurde der Historiker und Journalist Thomas Buomberger, der auch am umstrittenen BBC-Film «Nazigold und Judengeld» mitgearbeitet hatte.

REKLAME

A nders A ls A lle A nderen

Reparaturen aller Marken

NEGELE Automobile Triesen

Tel. 075 / 392 45 80